

Zürich, 2. März 2026

Medienmitteilung

Lehrpersonalgesetz (LPG), Anpassung neu definierter Berufsauftrag:

Kompromiss der Grünliberalen setzt sich durch

In der heutigen zweiten Lesung im Kantonsrat hat sich der Kompromiss der Grünliberalen beim Lehrpersonalgesetz durchgesetzt. Die Grünliberalen begrüßen, dass sich eine ausgewogene Lösung durchgesetzt hat, die gezielte Verbesserungen für Lehrpersonen – insbesondere für Klassenlehrpersonen – bringt und den realen Anforderungen im Schulalltag Rechnung trägt.

In der heutigen Debatte hat der Kantonsrat den grünliberalen Kompromiss bestätigt.

Kantonsrätin Nadia Koch ist überzeugt: «Dieser Kompromiss verbessert die Rahmenbedingungen für Lehrpersonen und gibt Klassenlehrpersonen mehr Zeit für ihre anspruchsvolle Aufgabe – und wird damit ihrer gewachsenen Verantwortung im Schulalltag gerecht.» Gleichzeitig wollen die Grünliberalen eine weiterführende Diskussion zur Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden führen. Aus Sicht der Grünliberalen muss der Verteilschlüssel 70/30 ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

Der Vorstoss von Christoph Ziegler forderte ursprünglich eine Verdoppelung der Stunden, die einer Klassenlehrperson zur Verfügung steht. Denn die Klassenlehrpersonen leisten neben der wichtigen Klassenführungsfunktion auch viel administrative Arbeit, sowie die wichtige Elternarbeit. Dass wir nun im Kompromiss 160 Stunden einbringen konnten, freut uns deshalb sehr.

Fraktionspräsidentin Christa Stünzi ist überzeugt: «Der von uns vorgeschlagene Kompromiss wird auch einem Referendum standhalten. Dies weil er zielgerichtet und pragmatisch ist.»

Bereits Mitte Januar hat der Kantonsrat in erster Lesung über eine Anpassung des neu definierten Berufsauftrags für Lehrpersonen im Lehrpersonalgesetz (LPG) diskutiert. Der «neue Berufsauftrag» soll in vier Punkten verbessert werden. Die Klassenlehrpersonen sollen gestärkt werden, indem deren Stundenpauschale (KLP) von mindestens 100 auf mindestens 160 Stunden im Jahr erhöht wird. Um den Bedarf an Lehrpersonen besser zu decken, soll der minimale Beschäftigungsgrad von 35 auf 40 Prozent erhöht werden. Auch zwei administrative Massnahmen sollen entlastend wirken: Die Tätigkeitsbereiche «Schule», «Zusammenarbeit» und «Klassenlehrpersonen» sollen zusammengelegt und die Zeiterfassung der Tätigkeitsbereiche aufgehoben werden. Der Rat ist damit allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt.

Kontaktpersonen für Medienanfragen

Nadia Koch, Kantonsrätin und Mitglied KBIK, 079 461 37 55

Christa Stünzi, Fraktionspräsidentin, 079 771 76 63